

Einzelnummern...
Abbestellung...
Preis...
Verlag...

Der Schuhmacher

Verantwortlicher...
Otto Zerkow...
Verlag...

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher
und Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbelasse der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen
Kürnberg, den 4. Oktober 1922
36. Jahrgang

Im neuen Gewande.

Mit der Nummer 40 des 36. Jahrgangs erscheint einem Besondere Beilage entfallend, das „Schuhmachersblatt“ in neuem Gewande. Schon mehrfach hat unser Verbandorgan berichtet von Jahren seinen Titel wechseln müssen und zwar zu jenen Zeiten durch das Dazwischentreten der „Oberrichter“. Heute ist die Ausnahme eines neuen Titels eine freiwillige. In dem neuen Titel soll auf den Wunsch der Kollegenschaft besser zum Ausdruck kommen, daß das Verbandorgan das Organ der Arbeiterchaft der Schuhbranche ist.

Den Namen „Schuhmachersblatt“ hat unser Organ nunmehr mehr als 36 Jahre lang geführt. In Wirklichkeit war diese Bezeichnung nur eine Deduktion, um unter dem Sozialistengesetz der Deke der damaligen Behörden und ihrer Auftraggeber zu entgehen.

Ein Rückblick auf die Zeit, unter welcher das „Schuhmachersblatt“ aus der Leuke geboren wurde, führt uns mitten in das Zeitalter des Sozialistengesetzes, dieses schamlosen Ausnahmengesetzes gegen die deutsche Arbeiterklasse, in die Zeit des traurigen Tiefstandes des neuen deutschen Reiches zurück, deren Geschichte schwarze Blätter in der Geschichte des Volkes bilden.

Die beiden Tausend und Gehaltslosen Bismarck und Buttkamer wollten damals gegen die Arbeiter, die nicht durch parlamentarische Mittel sich nicht mit den elenden Arbeiterbedingungen, die ihnen die „Gnade“ der Unternehmung gewährte, zufrieden geben wollten. Im Jahre 1883 hatte der Polizeiminister Buttler einen neuen Schatz gegen die junge und noch schamlose Gewerkschaftsbewegung, die trotz aller Verfolgung wieder aufsteht, geschaffen. Er ließ seinen Bericht über die Arbeiter, die der streitenden Arbeiter vollständig redlos und ohnmächtig gegenüber dem Streikrecht standen, gegen sie die ganze Strengung des Sozialistengesetzes in Anwendung gebracht. Militär aufgegeben und den Belagerungszustand verhängt wissen wollte. Im Reichstage erklärte der juristische Spieltheater zur Verhöhnung seines schändlichen Geseltes: „Unter jeder größeren Arbeiterbewegung lauert die Dohle der Sozialisten und der Anarchisten.“ In Wirklichkeit war es der Regierungsklasse von damals aber in der Hauptstadt um nichts anderes zu tun, als dem Unternehmertum die schrankenlose Ausbeutung der Arbeiter zu ermöglichen.

Dieser schamlosen Polizeivöllerei und maßlosen Gewalttätigkeit 1887 auch der Vorläufer des Schuhmachersblattes. Der 20. Februar 1887 war der 20. November 1878 hatte das Verbandorgan letzteren Namen geführt, nachdem sein Vorgänger, „Der Arbeiter“, ebenfalls schon mit Zutritt zum Sozialistengesetz verboten worden war. Eine gesetzliche Brutalität ist also auch schon 1878 die Ursache der Titeländerung, das heißt, der mit aller Bekanntheit betriebenen Ausgrenzung des Arbeiterorgans. Mit Jahre lang erfordern der „Schuhmacher“, vier Jahre länger als sein Vorgänger, „Der Arbeiter“, nachdem er viele Kämpfe durchgemacht und ganz wesentlich mit zur Gründung der neuen Zentralorganisation, des Zentralverbandes deutscher Schuhmacher, im Jahre 1883 beigetragen hatte und durch den glänzendsten Erfolg seiner massenhaften Wirksamkeit feierte konnte.

Da fiel es den Polizeigenossen Buttler und Tessenberg ein, wieder einmal in sozialistischer Absicht „Staatstretter“ zu machen. Diefem „Verbot“ fiel auch der „Schuhmacher“ zum Opfer, indem er im Februar 1887 von der Gotthard Polizei verboten und unterdrückt wurde.

Die Kollegenschaft aber ließ sich nicht verpuffen. Am 20. Februar 1887 ließ Julius Richter in Leipzig die Nummer 1 des „Schuhmachersblattes“ in Leipzig erscheinen, das jedoch am 1. April in den Besitz des Kollegen Wood überging und nunmehr in Götting erschienen. Als auch dieses neue Blatt schon nach fast monatlichem Erscheinen verboten wurde, erschien schon 14 Tage später am 7. August die erste Nummer der „Sozialistischen Schuhmachergesetzgebung“, als deren Verleger der Buchbinder Rodewitz und als deren Redakteur Kollege R. G. Hoffmann, beide aus Götting, zeichneten. Den letzten Namen Titel trug unser Verbandorgan von 7. August bis 13. November 1887, um dann dem auf Befehl wieder freigegebenen „Schuhmachersblatt“ unter der Leitung des Kollegen Wood für bauernd Weg zu machen.

Das „Schuhmachersblatt“ kann auf eine stolze Vergangenheit zurückblicken. Es hat jederzeit die Interessen der Schuhmacher in unverdrossenem Maße vertreten und sich in diesem Kampfe eine stolze Ehre erwirbt.

Das „Schuhmachersblatt“ wollte nicht nur ein Organ sein, welches den Gegenwärtigen dienen, die in dem gewerkschaftlichen Kampf härter hervortreten, dient; es wollte mehr sein. Es wollte gleichzeitig der Zukunft dienen, indem es seine Leser zu Märgen und handfesten Sozialisten zu erziehen verstand, die die Grundzüge in der Bekämpfung des kapitalistischen Gesellschafts erfassen.

Die Arbeit des Schuhmachersblattes hat auch seine Früchte getragen. Wenn heute der Zentralverband der Schuhmacher sich zu der Höhe erhebt, daß er den weitaus größten Teil der Arbeiter in der Schuhindustrie in sich vereint, so ist diese erfolgreiche Tätigkeit auch auf das Konto des Schuhmachersblattes mit zu buchen. Das Schuhmachersblatt hat besonders dazu beigetragen, daß die Kollegen im Lande selbst wurden, die schwere Kämpfe zu bestehen. In allen Kämpfen mit dem Unternehmertum hat es der Kollegenschaft treu zur Seite gestanden.

Wenn das Blatt auch so manchenmal sehr äußeres Gewand ändern mußte, immer nur sein Aussehen war geändert worden, nicht sein Wesen und sein Inhalt. Dies soll auch diesmal der Fall sein.

Die Zeiten sind andere geworden. Am Anfang geht es, erst die Kollegenschaft, die in dumpfer Interesslosigkeit dahinsiehte, aufzuwecken, ihnen den Organisationsgedanken erst mühselig beizubringen. Diese Aufgabe hatte sich in den letzten Jahren unser erstes Verbandblatt, „Der Arbeiter“, gestellt. Heute ist unser Verbandorgan der Führer und Berater von 115 000 Mitgliedern.

Die Zeit bereit, die noch kein Verbandbuch haben, schmunzeln immer mehr zusammen.

Die Arbeiterorganisationen haben sich so gefaltet, daß ihnen eine gewisse Rolle in wirtschaftlichen und öffentlichen Leben zufällt. Damit haben sich die Aufgaben der Gewerkschaftspresse vervielfacht. Die Stimme der Gewerkschaftspresse muß um so mehr gehört und beachtet werden, je zahlreicher, gefestigter und geschlossener die Massen hinter sie treten.

Unser Zentralverband ist nicht die einzige Gewerkschaft, die in den letzten Jahren ihre Mittelverhältnisse ausweiten sah. Auch andere Gewerkschaften können auf ihren Erfolg nicht minder stolz sein. Aber unser Zentralverband ist über eine breitere Gewerkschaft, die in der Vertretung der Interessen ihrer Mitglieder mit am stärksten gewachsen sind, die unablässig dafür wirken, daß die Lebenslage ihrer Mitglieder möglichst von einer Verschlechterung bewahrt bleibt, daß die Höhe von Gehältern einwirkend mit dem unzufriedenen Stand der Arbeiter in Einklang kommen. In Befolgung dieses Satzes hat sich der Verband schon manchenmal in schweren Kämpfen eingesetzt. Eine Kampforganisation ist unser Zentralverband von jeher gewesen und er wird es auch immer bleiben. Dieser Ruf hat nicht wenig zu seinem Erfolge nach innen (sozial) wie nach außen beigetragen; er wird auch künftighin gewahrt bleiben und die Antwort haben, daß sich alle Schuhmacher Deutschlands um das Banner ihrer Berufsorganisation, des Zentralverbandes der Schuhmacher, scharen. Die Kampfbereitschaft wird dabei auch in Zukunft bestehen bleiben, was in ihnen drinnen liegt.

Heute kann unser Blatt frei und offen nach eigenem Belieben den Namen „Der Schuhmacher“ wieder annehmen, den es schon einmal, aber damals durch einen Irrtum von außen führte. Diese Aufgabe kann künftighin aufgetragen werden als ein Zeichen für den Eintritt in eine neue Zeit, in welcher der Arbeiterchaft öffentlich volle Freiheit garantiert ist. Hoffentlich bleibt diese Freiheit der Arbeiterchaft nun für alle Zeiten gewahrt. Es wäre eine Schmach für das arbeitende Volk, wenn noch einmal die Arbeiterbewegung, in deren Händen die Zukunft liegt, der Gewalt eines kleinen, missetimerten, tollwütigen Herrschaftskörpers unterworfen werden sollte.

Es gibt in Deutschland immer noch Leute genug, die diesen alten Zustand wieder herbeizuholen und die offen und geheim daran arbeiten, ihn wieder herbeizuführen. Die Reaktion sucht seine Mittel und Opfer, wieder zur Herrschaft zu gelangen. Um dies für immer zu verhindern, darin liegt wesentlich die Aufgabe der Arbeiterchaft. Wir haben im Volkstand die Weltung zu beanbitten, die uns nach unserer numerischen Stärke aufzukommen. Wir haben alle Herrschaftskräfte der Reaktion völlig niederzukämpfen. Wir haben auch jeden überflüssigen Ton von der Gegenseite ab.

Damit ist uns unser Weg für unser Weiter vorgezeichnet. Es wäre verfehlt, sich ohne tüchtigen Beschäftigung hinzugeben, weil wir ja „so groß“ geworden sind. Im Gegenteil, die Zahl der Arbeiterchaft heute erhebt sie zu groß. Der Kampf der Klassen ist auf die Spitze getrieben, die reinliche Scheidung der um die Herrschaft ringenden Schichten scheint sich immer deutlicher ab. Die Arbeiterchaft wird die Freiheiten und die Rechte, die sie sich erzwungen hat, mit bewachten Händen, wenn sie Mann für Mann jederzeit geschlossen besteht und aktiv im Kampfe verhört.

Wir sehen bereits, wie in einzelnen Landteilen des Reichs aus kleine reaktionäre Gruppen frech und dreist auftreten, indem sie wie früher auf die Rückständigkeit der Dummheit beschließen. Die letzten Kämpfe um den Schutz der Republik bieten ein Beispiel dafür.

Daß jene Herrschaften von rechts auf ihre Rechnung kommen, muß unter allen Umständen verhindert werden. Es kann verhindert werden, wenn der letzte Arbeiter, die letzte Arbeiterin, zur gewerkschaftlichen Organisation herangezogen, aber auch zum aktiven Kämpfer herangezogen wird. Die Gewerkschaftsbewegung ist das letzte Bollwerk der Arbeiterchaft gegen die Angriffe der Herrschaft. Sie ist ein unüberwindliches Hindernis für unzulässige, mehr Aufträge aller ihrer Mitglieder. Es gelang bisher noch lange nicht genug. Es sind noch nicht alle Berufsgruppen den Verbänden beigetreten, auch in unserer Branche noch nicht. Die Gewerkschaften selber nehmen noch nicht alle den ihnen gebührenden Anteil an den Gewerkschaftsangelegenheiten. So mancher der Mitglieder fehlt noch, jedesmal, wenn alle am Entscheidenden auftreten werden. Das soll sich ändern, denn es besteht ein noch tieferer Mangel, Arbeit und Kampfmoral. Es muß aber werden und wird werden, wenn die Kollegenschaft besser als bisher zusammenkommt. Auf die Mitarbeit jedes einzelnen kommt es an.

Zu alle ein jeder Kollege seine Pflicht, Einigkeit und Geschlossenheit mit uns unüberwindlich machen. Was die Arbeiterchaft bringt, was uns

lers Gewerkschaftspresse leidet, muß in Fleisch und Blut aller Verbandsmitglieder übergehen. Die Zeiten sind eruit und die Not gebietet uns, sich zusammenzuschließen. Es äußere Kraft und an Ansehen haben wir ungewohnt gewonnen. An der Front der alle Willkuren gewerkschaftlicher Kämpfer man nicht anders mehr vorzubereiten. Es ist aber, verdoppeln wir unsere Kampfkraft durch unablässige Agitation, durch Pflege der Kollektivität und Solidarität, durch Verbesserung unserer Disziplin! Auf, an die Arbeit!

Die neuen Lohnverhandlungen abgelehnt.

Die zentralen Lohnverhandlungen für die Schuhindustrie in Frankfurt a. M. am 29. September, die nachmittags 3 1/2 Uhr ihren Anfang nahmen und bis 10 1/2 Uhr nachts dauerten, fielen auseinander, ohne daß die Arbeiterchaft irgendein ein wenig positives Ergebnis gezeitigt zu haben. Gefordert war von der Arbeiterchaft eine Stundenlohn von 25 Mark, je nach Alters- und Geschlechtsklassen nach unten abgestuft. Dabon die fürstehende Forderung eine Erhöhung der Forderung gegenüber dem bisherigen Stande. Die Arbeitgeberseite von einer solchen Erhöhung sprachte sich nicht an. Die Verhandlungen wurden durch den gewählten Teil der Schuhfabriken abgelehnt, andererseits weil von einigen Belegschaften der Fabrikanten bekannt geworden war, daß sie eine ablehnende Haltung gegenüber den Forderungen einnehmen wollten. Die Arbeiterchaft wollte einmal wegen der mangelhaften Situation in gewisser Teil der Schuhfabriken arbeiten werden verweigert, andererseits weil von einigen Belegschaften der Fabrikanten bekannt geworden war, daß sie eine ablehnende Haltung gegenüber den Forderungen einnehmen wollten. Die Arbeiterchaft wollte einmal wegen der mangelhaften Situation in gewisser Teil der Schuhfabriken arbeiten werden verweigert, andererseits weil von einigen Belegschaften der Fabrikanten bekannt geworden war, daß sie eine ablehnende Haltung gegenüber den Forderungen einnehmen wollten. Die Arbeiterchaft wollte einmal wegen der mangelhaften Situation in gewisser Teil der Schuhfabriken arbeiten werden verweigert, andererseits weil von einigen Belegschaften der Fabrikanten bekannt geworden war, daß sie eine ablehnende Haltung gegenüber den Forderungen einnehmen wollten.

Nach dem Scheitern der zentralen Verhandlungen soll also der Arbeiterchaft des Hunger überleitet werden im 1. 10. 1922. Die Preise des Lebensmittels sind in der letzten Zeit um 25 Prozent gestiegen. Die Arbeiterchaft hat sich nicht an die Verhandlungen angeschlossen, sondern hat sich für die Forderung von 25 Mark pro Woche ausgesprochen. Die Arbeitgeberseite hat sich nicht angeschlossen, sondern hat sich für die Forderung von 20 Mark pro Woche ausgesprochen. Die Arbeiterchaft hat sich nicht angeschlossen, sondern hat sich für die Forderung von 25 Mark pro Woche ausgesprochen. Die Arbeitgeberseite hat sich nicht angeschlossen, sondern hat sich für die Forderung von 20 Mark pro Woche ausgesprochen.

Dem Lohnverhandlungsergebnis ist unzufrieden, daß seit einem Zeitraum von über drei Wochen für die bringenden Bedingungen des Lebensbedarfes drei, vier und fünfmal mehr verlangt werden müssen, nur weil an den Wägen ein „Umschwung“ eingetreten ist. Der Arbeiter soll mit dem bisherigen Lohn auskommen. Ja, er soll sogar das Rücklicht fertig bringen, mit einem Drittel über der Hälfte des bisherigen Lohnes auszukommen. Ist das ein Lohn, der zu verdienen ist? „Es ist kein Geld da“, lautet einfach die lakonische Antwort der Fabrikanten. Der Arbeiter soll also der allein Leidtragende sein, die ganze Last der schämigen Auswüchsen des kapitalistischen Systems soll letzten Endes allein aufgebracht werden. So und nicht anders kann die diesmalige Faltung der Schuhfabriken ausgefallen werden. Ueber den Gang und Verlauf der Verhandlungen sei hier nur das wesentlichste mitgeteilt.

Herr Kommerzienrat Wallerstein, wie bisher zur Leitung der Verhandlungen berufen, verweigert sich darauf, daß über drei Wochen lang zu verhandeln ist. Die eigentliche Lohnforderung, die Entschädigung bei Kurzarbeit und über die Werkszeugstellung. Den Bericht über die Verhandlungen der Fabrikantenverbände erhaltete Herr Reichsanwalt Dr. Kalle. Die eingereichten Forderungen hätten in dem Bericht ausgenommen, jedoch er zur Kurzarbeit geurteilt. In der Frage der Kurzarbeitentschädigung nähmen die Fabrikanten den Standpunkt ein, daß die Frage nicht zentral geregelt werden könne. Den verschiedenen Verhandlungen wurde durch Ermüdungen in dem einzelnen Bezirke Rechnung getragen werden.

Herr Dr. Wald erklärt namens des Bundesfabrikantenverbandes sowie einiger kleinerer Fabrikanten, die Hausindustrie ist von der herrschenden Situation in ganz besonderem Maße betroffen. Die Unbilligkeit habe kein gefälliges. Nur mit außerordentlichem Kapitalaufwand können die Betriebe weitergeführt werden. Der Lohnanteil pro Paus sei in der Hausindustrie größer als in anderen Industriezweigen; eine größere Belastung der Preise ist nicht möglich. Diesen Ausführungen entgegenzutreten, begründete Herr Kollege Simon die Arbeiterforderungen. Im Band umfänglichen Verhandlungen über die Arbeiterforderungen wird er nach-

in wohl empfindlicher Weise der Reaktion des Arbeiters gefolgt. Der Lohn sei bisher schon lange nicht der Preisbewehrung gefolgt. Alle Entwürfe seien bereits da. Eine neue Reihe anderer Berufs habe, wie er im einzelnen anführt, uns im Lohn schon seit Wochen überflüssig. Von den Fabrikanten wurde der Standpunkt eingenommen, zum Beispiel auch der Schuhfabrikanten, den Wiederbeschaffungspreis zu erhöhen; in dieser Weise müßte man doch aber auch den Lieferanten ihre Wiederbeschaffungspreise anheben. Ferner vermisse insbesondere auch die trägen Funktionen für den Arbeiter. Die Schuhindustrie sei in der jetzigen Situation wirtschaftlich der Schwere, sie könne aber diesen Vorteil nicht missbrauchen. Umgekehrt habe sie auf verdient in der letzten Zeit und solle sich nun auch entsprechend zeigen der Arbeiterkraft gegenüber. Zu Arbeitsentlohnungen müßte man erst greifen, wenn wirklich die Notwendigkeit vorläge. Gewissen Fabrikanten zufolge seien in dieser Hinsicht aber bereits in Bezügen Beschlüsse gefaßt.

Herr Kommerzienrat Wallerstein bemerkt, es sei nicht der Fall, daß die Fabrikanten die günstige Situation auszunutzen wollten. Die Frage sei, in welchem Umfange die Arbeiter die Lohnentlohnungen tragen könne. Weder weitere Erhöhungen, noch Lohnentlohnungen seien momentan zu erwarten. Bei noch längeren Preisen für das Geschäft auf, Lieferungsabfälle können dann nicht mehr zulassen. Von Rohstofflieferanten wurden sogar Voranschläge verlangt in Höhe von 50 Prozent. Höhere Materialpreise, höhere Löhne und Fabrikanten müßten sich gegenseitig einig werden, das bedeutet das Justizministerium. Trotz Unmut einzelner über die letzte Lohnbewehrung habe man Wert darauf gelegt, auch diesmal die Förderung und die Möglichkeit eines Entgegenkommens eingehend zu prüfen. Es hätte sein, daß diesmal andere Substanzen in der Lage seien, etwas zu bewilligen. Auch die Arbeitgeber hätten nicht so glänzend da, wie es den Anschein habe. Der Wiederbeschaffungspreis sei in normalen Zeiten nicht angedacht gewesen, aber bei dem Anstieg um 100 und 200 Punkte habe sich die Situation geändert. Der abnehmende Absatz der Fabrikanten sei nicht auf schlechten Willen zurückzuführen. Bei Veränderung der Situation würde die Industrie auch wieder Entgegenkommen zeigen. Die heutige Ausdrucksweise hatte den Zweck, ihnen die Situation zu klären.

Kollege Simon ging noch einmal auf die unerhöhten Preisbewehrungen einzelner Rohstofflieferanten ein und wies auf die ungenügende Erörterung, die uns bevorsteht, wenn nach dem Willen der bürgerlichen Vertreter der Umgeprägung für Getreide um das Dreifache erhöht wird. Der Anteil des Arbeitnehmers am Produkt betrug in der Schuhindustrie ein Drittel, heute nur ein Viertel, ein Fünftel, was weit die Löhne zurückzuführen sind. Nebenher müßte nochmals die Fabrikanten, daß sie ihren Beschluß revidieren möchten. Er auch die Ausführungen in der folgenden Diskussion, in welcher die Forderungen der Arbeiter noch weiter begründet wurden, vermahnte die Fabrikanten zu nichts zu bewegen, auch nicht der persönliche Versuch von Simon, mit der Forderung, auf die Hälfte zurückzugehen. Schließlich ging man aber doch darauf ein, in geheimer Beratung Stellung zu nehmen.

Die Vertreter der Fabrikanten erklärten immer noch, große Bedenken zu haben, von den Beschlägen ihrer Auftraggeber abzugehen. Die Wahrheit habe für oder aus gewissen Bedenken doch entschieden, ein überliches Jugeländnis zu machen. Der Vordialog gebe dahin, den bisherigen prozentualen Zuschlag von 30 auf 250 Prozent zu erhöhen. Dieses Angebot, welches bis auf die niedrigsten Stellen ausgereicht hätte, gab den Arbeitervertretern Veranlassung, sich gegen zu betonen. Die Frage stand auf Zustimmung oder Ablehnen.

In Erwägung der in den nächsten Tagen zu erwartenden neuen Preisliste, hervorgerufen durch Erhöhung der Rohstoff- und Lohnbewehrungen, der unerhöhten Rohstoffpreise und der mit der Erhöhung zu berücksichtigenden Erhöhung des Rohstoffpreises wollten es die Arbeitervertreter für ausgeschlossen, dieses Jugeländnis aber auszuüben annehmen zu können. Da ein weiteres Verhandeln aber auszuüben erschien, kam man zu dem Beschlusse, diese Erhöhung eines Schiedsgerichts, welches bis auf die niedrigsten Stellen ausgereicht hätte, gab den Arbeitervertretern Veranlassung, sich gegen zu betonen. Die Frage stand auf Zustimmung oder Ablehnen.

Die Erwartung bemerken die Unternehmervertreter aber, daß sie auch hier glauben, eine beratende Erklärung nicht ab-

geben zu können. Mit der Anrufung des Reichsarbeitsmittelsunges, den sie einbringen.

Kummett ging man zu der zweiten Forderung der Arbeiter über, die darin liegt, bezüglich der Entschädigung der Kurzarbeit möge eine zentrale Regelung getroffen werden, ähnlich der 1920 in Bayern getroffenen besitzlichen Regelung. Von Rohstofflieferanten wird auch die zentrale Regelung der Kurzarbeitsentlohnung mit dem Hinweis, daß die Beschäftigten in den einzelnen Bezirken zu beschließen können, um zwingende Bestimmungen zu erlassen. Die Sache müßte den Bezirken, je nach einzelnen Betrieben, je nach Sachlage überlassen bleiben. Alle Gegenstände über Arbeiterseite, daß einzelne Fabrikanten schon erklärt hätten, sich nur einer zentralen Regelung zu unterwerfen, daß sich die Firmen notwendigermaßen würden, die entgegenkommend handeln, von ihrer Kontingenzen, die nicht ist, daß beschließt nur die zentrale Regelung überkauf die einzelne Möglichkeit bietet, daß etwas geschieht, wurde von den Unternehmern bestritten.

Doch Bestimmungen auf Betriebsabteilungen von den Organisationen herausgegeben worden seien, wurde von dem Stand der Unternehmern bestritten. Es habe sich lediglich um aufrichtige Schritte bezüglich der geistlichen Bestimmungen gehandelt. Die Rohstoffindustrie im Lande, besonders die Betriebsräte, werden darüber zu wachen haben, daß bei beschlüssen Arbeitsentlohnungen oder Betriebsbeschränkungen die

to daß zum ersten Male trotz aller Bemühungen unsere Kollegen mit leeren Händen aus Frankfurt am Main zurückkommen. Wir wissen, wie in dieser Zeit der Not und Sorge das bei der Rohstoffindustrie aufgenommen werden wird. Wir sind aber auch überzeugt, daß uns die Rohstoffindustrie recht geben wird, daß wir das geringe Angebot als ungenügend ablehnen müßten. Die Entschädigung liegt nun beim Arbeitsmittelsunges. Wir andere Berufs sind auch zum ersten Male vor die Alternative gestellt, was weiter kommt, abwarten zu müssen. Das harte Erzeugnis unter der Rohstoffindustrie ist zu verstehen. Das wir sind Gemeinheitsarbeiter. Als Gemeinheitsarbeiter müßten wir auch in dieser Situation sein, was die Gemeinheitsarbeiter sind. Wir müßten abwarten was für das Vorstellbarkeit für uns sein kann. An vielen Stellen droht bereits Kurzarbeit. Die Unternehmern sind jetzt lächerlich im Vorteil. Manchem Fabrikanten wäre es vielleicht gar nicht so unlieb, daß ihm sein Material und keine Schuhe einmal der Boden liegen bleiben; was wichtig, was es bei der Veränderung des Geldwertes dann vielleicht für einen Wert haben kann. Die Rohstoffindustrie wird also machen sein und den geringen geistlichen Entlohnungsbeitrag, durch Not unterliegt, in Anspruch nehmen müssen. Bei weiterer Arbeit ist sofort an die Arbeitgeber zu denken. Wir werden eine Vergütung herauszutreten und von dem Resultat der Verhandlung dem Zentralvorstand Mitteilung zu machen.

Von der Entschädigung des Reichsarbeitsmittelsunges wird die Rohstoffindustrie sofort in Kenntnis gesetzt werden. Das wichtigste ist, daß die Rohstoffindustrie sich nicht gegenseitig bekämpfen soll. Es gilt, in der Stunde der Gefahr eine wie die bessere Disziplin zu entwickeln und die Einheit zu wahren. Schließlich die anderen, dann haben die Vertreter der Arbeiter bei den Verhandlungen, die in Zukunft zu führen sein werden, den Rohstoffindustrie, den sie besetzen, was zu befehlen zu werden.

Der neue Verbandsbeitrag

Das Schicksal der neuen Verbandsbeiträge (siehe Seite 157) ist ab 1. Oktober:

Klasse	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.
Stärke	60 - 70	70 - 80	80 - 90	90 - 100	100 - 110	110 - 120	120 - 130	130 - 140

Die Erhöhung in die entsprechenden Klassen richtet sich nach dem Einkommen. Der neue Verbandsbeitrag wird erstmalig am 7. Oktober mit der 40. Beitragsperiode erhoben. Die alten Verbandsbeiträge werden belassen, jedoch sind diese mit einem Zuschlag zu versehen.

Mit den erhöhten Beiträgen treten auch die erhöhten Unterstützungssätze in Kraft, welche nach 1. Bestimmungen der § 2 Nummer 9 die 24 des Statuts betreffen werden.

Bestimmungen der geistlichen Bestimmungen nicht verkehrt werden (Stillelegungsordnung, Betriebsräte-Rundschau Nr. 8, Paragraph 12 der Verordnung über Einstellung und Entlassungen von Arbeitern, Betriebsräte-Rundschau Nr. 7 und 8). Jedoch ist in jedem einzelnen Betrieb zu prüfen, ob die Voraussetzungen zu solchen Maßnahmen gegeben sind. Organisationsbestimmungen in dieser Beziehung würden einen Bericht geben Gelegenheit bieten.

Ein tarifliches Recht auf Entschädigung für Kurzarbeit ist in befristeter Form in Paragraph 3 Absatz 2 des Tarifvertrages enthalten. Der Verbandsbeitrag wird erstmalig am 7. Oktober mit der 40. Beitragsperiode erhoben. Die alten Verbandsbeiträge werden belassen, jedoch sind diese mit einem Zuschlag zu versehen.

Die Ausdrucksweise über den Gewinnplan lief längere Auseinandersetzungen hervor. Da Meinung gegen Meinung steht, wird die Angelegenheit ausgemacht sein, vor den Rechtsinstanzen eine Klärung herbeizuführen.

Im Abgange bekräftigen die Arbeiterseite auf der Ablehnung der zentralen Regelung der Unterbringung bei Kurzarbeit. Herr Kommerzienrat Wallerstein erklärte, nach dem Versuch der Lösung der Fabrikanten sei der dort gefaßte Beschluß abzulehnen. Es sei anzunehmen, daß alle Fabrikanten, die dazu in der Lage sind, nach Äußerungen befehlen werden, mit ihren Arbeitern über die höhere Zeit hinwegkommen.

Was die Arbeiterforderung angeht, hatte man also auch in dieser Beziehung trotz aller Verhandlungen nur ein Nein,

Bom „Wiederbeschaffungspreis“.

Was Rohstofflieferanten fürchten kann man: „Wir leben in einer solchen Zeit. Alles ist in Flut, das trifft besonders bezüglich unseres Geldes und dessen Bewertung zu. Die einseitigsten Willen können treibendstärklich in die irrationale Wirtschafspolitische Gestaltung. Schon immer konnte man die Währungsrechnung machen, daß Artikel, die sich besonders „materiell“ gefaßt sind, am unvollständigsten handeln. Das ist von uns während des Krieges, aus lauter Patriotismus, nicht alles verstanden worden. Der Patrioten- Schlußsatz war: Schreibe deutlich, lese deutlich, fühle nicht als Deutscher, verberge den Internationalismus, er laugt nicht und schämt sich, kein Vater sein.“ Alle Fremdwörter sollten ausgemerzt werden. Indirekt an Gebäuden, besonders Wirtschaflichen, wurden abgebaut. Die belästigten Sachen auf den Geistesarten der beiden Jodels wurden nicht mehr französisch oder englisch angelehnt. Es gab keine „Groschen“, mehr, es blieb nur noch „von Silber“. Das „Nein“ wurde verpönt, man setzte an dessen Stelle das „Auf Wiedersehen“. Was wurden von den nationalpolitischen Kreisen in der Zeit nicht auch sonst noch für Zurückstände gefaßt. Aber es nicht mitmache, was als „patriotischer Gelle“ bezeichnet. Ginge es aber an den Geldbeutel, dann wurde es nicht anders. Alle Patriotenismus ging zum Teufel. Ein Gleiches müßten wir auch in diesen Tagen wieder erleben.

Der Sturz der Mark veranlaßte nicht nur die Realitätskräfte, aus der Haut des deutschen Volkes Niemen zu schneiden, sondern die Realitätskräfte wollten das sein. Sie haben sich veranlaßt, nach neuer Realisations- und Preisermittlungsmethoden zu suchen. Was das nun in der kapitalistischen Gesellschaft abbild, darf die Preisermittlung nicht auf der Grundlage der Beschaffungsmöglichkeit der Konsumenten, aufrecht sein, sondern auf einer Grundlage, die den meisten Vorteil verleiht. Man kam zur Dollarkorrektur. Die Dollarkorrektur ist nicht doch ein Teil der Unternehmung! Was soll ihnen nicht die nationale Währungs, wenn mit fremder Währung bessere Geldstoffe gemacht werden können. Schreibe deutlich, lese deutlich, aber laß dich nicht durch die Realitätskräfte und die Realitätskräfte, das nationale Empfinden unserer heutigen Vorkriegs und Krieges.

Die deutschen Arbeitervertreter, die schon während des Krieges aus der Not des Volkes Millionenemaneinigen wagen, waren die ersten, die die Dollarkorrektur einführen. Das veranlaßte die Realitätskräfte und die Realitätskräfte, in einer Konferenz dagegen Stellung zu nehmen. Auf der Konferenz wurde beschlossen, die Beziehung bzw. Verrechnung in Dollarkorrektur, dagegen den Wiederbeschaffungspreis als Basis und präzisiertheitlich unbedingt notwendig zu emp-

Ein Familiengespräch am Lohnzahltag.

Von Kollegen E. R.

In der Schuhfabrik B. hatte es Lohn gegeben. Fast alle Verkäufer hatten vor Freude. So heimlich das Doppelte mehr als vorige Woche hatte jeder erhalten. Frau Meier meinte keinen Lohn fündend in der Hand. 2856 Mark. Vorige Woche waren es nur 1524.

Herr Frau und vier jugendlichen Kindern hatte sich Frau Meier nicht mehr loben. Endlich einmal etwas mehr Lohn; nun wird's doch langsam? So dachte Meier und alle Kinder als sonst zum Fabrikator hinaus.

Unterwegs kam Meier an einem Fleischerladen vorbei. „Ob ich wohl ein Pfund Wurst für 200 Mark mitnehme?“ Doch nein; Meier ging vorüber und dachte: Die Wurst kann meine Frau haben; die wird auch einmal Holz sein wollen, wenn sie ein Pfund Wurst auf einmal holen kann.

Nach der Beendigung blieb Meier stehen. Ein Paar Gattchen mußte zu haben, der mußte ja doch ein bisschen Erbsen. Diese Anschaffung muß sein“, dachte Meier und trat entschlossen in den Laden. Ganz leuchte er, er ein Paar Gattchen vor seinen hochmännlichen Augen schände fanden. „Wann teuer dürfen die Gattchen nicht sein, zu billig tauchten sie nicht. Meier meinte auch prima und erstand ein Paar Erbsenbohnen für 300 Mark. Ein paar Erbsenbohnen und eine Tüte Bohlenbrot nach machte vollkommen eine Rechnung von 950 Mark. „Du kamst noch am 6. Tag, daß du Schulter bist und deine Schuhe selbst besohlen kannst; ein Paar Schuhe besohlen ist jetzt aber teuer. Schmeiere. So besohnte und mit Holz leucht, laute Meier zu Hause an. „Mutter, heute gibst's mal etwas mehr!“

Zur Tür herein begrüßte Meier in freudigstem Tone seine Frau.

Frau Meier meinte: „Es wird nicht zu viel sein, denn alles ist schon wieder trauer geworden“. „Was hast du denn hier?“ frag Frau Meier.

„Ein paar Gattchen für mich, meine Schuhe sind durch und hartes kann ich doch nicht laufen“, sagte Meier. „Meine Schuhe sind auch durch auf den Sohlen und das Schuwerk der Kinder müßte auch repariert werden.“

„Was hast du“, rief Meier ganz entsetzt, „jede Woche wird ein Paar besohlen, das hat jeder in der Welt, das bist du nicht. Geht mir jetzt mit 350 Mark.“ Meier ließ über und Nagel auf den Tisch. „Deute sollst du einmal zum Abendbrot ein Pfund Wurst.“

„Ja, können wir uns das leisten?“ bemerkte ängstlich Frau Meier.

„Und ob! Ich habe doch heute das Doppelte an Lohn bekommen und habe immer noch 2500 Mark! Hundert Mark davon nehme ich einmal für mich, das ist nicht viel; wenn ich mal fortgehe, will ich auch etwas verzehren. 2400 Mark bekommt du!“

„Lieber Mann, ich glaube es noch gar nicht recht, wir wollen einmal rechnen, ob das Geld die ganze Woche reicht!“ bemerkte die Frau.

„Ja, rechenst du, du hast immer etwas auszuheben, macher mir uns also die Arbeit“, meinte Meier. „Also 2400 Mark haben zu Verfügung“, meinte Meier. „Also 2400 Mark haben zu Verfügung“, meinte Meier.

„Für Meier und Licht hast du in der letzten Woche immer 40 Mark weg; das ist richtig so dir. Wenn wir das Licht, zeh und die Miete von einem Morgen; nehmer sollen, wirbs zu viel auf einmal. Also: Miete und Licht: 40 Mark; zweifels Brot: 200 Mark, welches du mir auf Arbeit mitgibst, ist immer etwas knapp.“

„Aber Mann: Ich konnte doch nicht anders, ich war doch auf meine Brotmarken angewiesen, die die ganze Woche langem müßen.“

„Gut, lauter wir jetzt aus marktfreies Brot. Geld - mir müßen dich erst einmal austreten, wenn Brot wir brauchen. Schmeide doch mal eine richtiggebende Prüßlingsbrot ab, wir wollen sie wagen.“

„So, - na reichlich ist die gerade nicht. Sie wiegt 150 Gramm. Zum Meier reicht sie gerade, zum Frühstück müßt du mit eine größere Menge schmeiden, sagen wir mal 200 Gramm. Also für mich und dich je 200 Gramm, für die Kinder 4 x 150 Gramm, sind 1000 Gramm Brot zum Frühstück. Zum Meier und zum Morgenbrot aus 1000 Gramm. Somit brauchen wir pro Tag 2000 Gramm Brot. In sieben Tagen macht das 14000 Gramm; das sind gerade 5 Stück 6-Pfund-Brot. Wir müßen also ein marktfreies Brot kaufen!“

„Es geht doch noch besser“, rief Frau Meier, „ja, wenn wir Wurst und Speck kaufen könnten, wie die reichen Leute, dann wäre es schon genug Brot.“

„Ja, wir wollen mal leben, vielleicht langt das Geld zu einem weiteren marktfreies Brot.“

4 Stück marktfreies zu je 6 Pfund kosten 176 Mark
1 Stück marktfreies zu gleichem Gewicht 90 Mark
Also für Brot benötigen wir 268 Mark
Drittens Brottaffel. „Zwei Pfund Margarine brauche ich unbedingt. Da muß ich doch richtig sparen, das ist kanal. Außerdem brauche ich noch 2 Pfunde Honig oder Sirup, das ist noch das Billigste. Frühdumst anhalt Honig, Schmeiereffekt an Stelle von Margarine, ist gar nicht zu kaufen“, sagte Frau Meier.

„Gut: 2 Pfund Margarine zu je 200 Mark (das ist die Hälfte) erfordert
Rundhörn oder Sirup das Pfund zu 35 Mark
Also Brottaffel erfordert eine

Wochenausgabe von 505 Mark
„Nun wollen wir auch mal aus Frühstück denken. Jetzt hast du mir immer bloß eine Marmosettenmilde, höchstens ein paar halbes Käse dazu gegeben. Kaufen wir mal ein Pfund Meier und lassen sie für drei Tage ein. Für mich und dich je 40 Gramm pro Tag. Die Kinder wollen auch mal etwas herbei. Zucker allein kann ich nicht nehmen, das wird zu teuer.“

„Das Pfund Zucker kostet 70 Mark und für sieben Tage Morgenluppe benötigt ich mindestens ein halbes Pfund Zucker.“

„Ja gut; sieben mal drei Viertel Pfund Meier das Pfund zu 30 Mark = 157.50 Mark
ein halbes Pfund Zucker erfordert 35 - Mark
2 Pfunde Honig oder Sirup 70 - Mark
Also die Morgenluppe kommt zu

Reben auf 195.50 Mark
„Sag einmal, Frau, kommen wir mit Brot und Kaffee nicht.“

„Ja, wo denkst du hin? Überlege nur einmal. Erstens ist Suppe viel befähmlicher und dann, zum Brot ist Aufricht notwendig. Nicht nur alle Morgen 6 Stück Semmen, das geht schon etwas auf!“

„Gut, gut, bleiben wir bei Morgenluppe.“

„Wenigstens liebe ich kein Brot, eine Suppe ist bestimmt besser. Frau, was würde uns eine Wendenluppe kosten?“

„Nehmen wir an, ich löse Kartoffeluppe. Da brauchen ich 6 Pfund Kartoffeln, das Pfund zu 4.50 Mark, sind 27

